

Göttingen, 3. Mai 2013



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Aktionswoche Personalbemessung

ver.di Göttingen fordert politischen Beistand für genug Personal in Krankenhäusern

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) macht vor der Bundestagswahl Druck für eine bundesweite gesetzliche Personalbemessung in den Krankenhäusern und für den Erhalt der entsprechenden Regelung in den Psychiatrischen Kliniken. Dazu hat die Gewerkschaft jetzt die Bundestagsabgeordneten und -Kandidat/innen der Bundestagswahl aufgefordert, sich in der kommenden Legislaturperiode dafür einzusetzen und sie will deren Antworten in den Krankenhäusern bekannt machen.

Der Personalmangel gefährdet nach Erkenntnissen der Gewerkschaft immer häufiger die Patientenversorgung. Die Zahl der Gefährdungsanzeigen der Mitarbeiter/innen habe in den letzten Jahren erheblich zugenommen. „Es muss eine gesetzliche Regelung her,“ sagte Marika Kückler, Sprecherin der ver.di Aktiven in der UMG. „Mehr Geld für Krankenhäuser ist dringend notwendig, es muss aber auch an der richtigen Stelle eingesetzt werden.“

In einer Aktionswoche vom 15. – 19. April 2013 hatte die Gewerkschaft in der UMG mit den Beschäftigten über die Personalsituation diskutiert und dabei große Zustimmung zur Forderung nach einer gesetzlichen Personalbemessung erfahren. Innerhalb nur einer Woche unterzeichneten über 1.000 Beschäftigte eine Petition für eine gesetzliche Personalbemessung.

Unter den Beschäftigten der Krankenhäuser in Göttingen und Umgebung wächst die Unruhe wegen der stetig wachsenden Arbeitsbelastung. Es fehlt jede fünfte Stelle. Patient/innen werden immer öfter unzureichend versorgt. Die schlechten Arbeitsbedingungen schrecken den Nachwuchs ab.

PRESSEINFORMATION

V.i.S.d.P.:

Patrick von Brandt,
ver.di Region SON
Groner-Tor-Str. 32
37073 Göttingen

Tel.: 0151-1427.0005
patrick.vonbrandt@verdi.de